

UNIVERSITÄT POTSDAM

# Rede des Präsidenten zum Amtsantritt

---

Prof. Oliver Günther, Ph.D., 2011

Anrede,

Spectabiles,

liebe Freundinnen und Freunde,

Kolleginnen und Kollegen,

liebe Studierende,

sehr verehrte Festgäste,

zunächst Ihnen allen einen herzlichen Dank, dass Sie heute so zahlreich der Einladung meines Kollegen Grünewald Folge geleistet haben und zu unserem Neujahrsempfang gekommen sind. Dass wir diesen auch gleich dazu nutzen, die Amtseinführung vorzunehmen, lag nahe. Wie anders ließe sich unserer geschätzten Landesregierung eindrücklicher demonstrieren, mit welcher eisernen Hand wir unseren unerbittlichen Sparkurs verfolgen!

Nachdem ich am 28. September des letzten Jahres gewählt worden war, erreichten mich zahlreiche Glückwünsche von alten und neuen Weggefährten allerorten. Man freute sich mit mir, aber insbesondere von den Kolleginnen und Kollegen aus der Wissenschaft gab es auch besorgte Nachfragen. „Herzlichen Glückwunsch, Ib. Herr Günther, aber kommen Sie dann überhaupt noch zur Forschung?“, „Die Lehre wird Dir fehlen, oder?“ „Machen Sie dann nur noch Verwaltung?“, „Oliver, sag mal, warum tust Du Dir das an?“

Solche gut gemeinten, sorgenvollen Rückfragen waren gar nicht so selten. An meinem Entschluss ließen sie mich keine Minute zweifeln, aber natürlich regten sie zum Nachdenken an. Ja, warum tut man sich das an? Im Vergleich zum Leben eines Professors ist man als Präsident sicherlich stärker fremdbestimmt und zeitlich weniger flexibel. Dennoch fiel es mir leicht, meinen besorgten Freunden und Kollegen zu antworten.

Ich persönlich kann mir ehrlich gesagt derzeit kaum eine interessantere Tätigkeit vorstellen als Hochschulmanager in Deutschland zu sein. Die Hochschulreformen – ich nenne als Stichworte Bologna sowie die durch den Exzellenzwettbewerb beflügelte Ausdifferenzierung der deutschen Hochschullandschaft – diese Reformen sind in vollem Gange, und es gibt noch enorm viel zu bewegen. Dabei kann es für die deutschen Hochschulen im Allgemeinen und für Potsdam im Besonderen noch steil aufwärts gehen. Wenn man die falschen Entscheidungen trifft, kann das Experiment allerdings auch gründlich schiefgehen. An diesen Transformationen teilzuhaben, ist für uns alle hier, die wir uns für die Rolle der Hochschule in der Gesellschaft interessieren und engagieren, eine enorme Herausforderung. Daran aktiv mitzuwirken empfinde ich auch persönlich als große Erfüllung.

Was IST eigentlich die Rolle einer Universität in unserer heutigen postindustriellen Gesellschaft? Wie kann eine Universität zur Wohlfahrt eines Landes oder gar der Welt beitragen? Wie kann ihr Wirken Menschen glücklich und zufrieden machen? Tragen die Hochschulen nicht zur weiteren Spreizung zwischen Arm und Reich bei?

Die Rolle einer Universität ist die Realisierung der Einheit von Forschung und Lehre zum Wohle der Gesellschaft - so die zugegebenermaßen vereinfachte Antwort von Humboldt und Schleiermacher vor gut 200 Jahren. Und diese Antwort ist auch heute noch richtig, allerdings vor einem veränderten Hintergrund und daher auch in modifizierter Interpretation.

---

Was die Forschung angeht, so sind gar keine so großen Modifikationen erforderlich wie man auf den ersten Blick meinen

mag. Im romantischen Rückblick erscheinen einem die historischen Forscherpersönlichkeiten ja gerne als unmittelbare Verkörperungen des Faustschen Strebens, zu erkennen, „was die Welt im Innersten zusammenhält.“ Bei näherem Studium der Biographien bleibt von diesem Ideal aber nicht immer so viel übrig, und dies meine ich überhaupt nicht negativ. Viele Forscher haben schon damals auch sehr anwendungsorientiert gedacht und waren in ihren Studien durch praktische Probleme zumindest stark motiviert, wenn nicht sogar methodisch konditioniert. Und natürlich wurde auch damals die Frage gestellt, inwieweit Grundlagenforschung ohne konkretes Nutzenpotenzial überhaupt der Finanzierung durch öffentliche Mittel würdig sei.

Ob ein Dualismus zwischen dem intrinsischen Wert der Forschung einerseits und ihrer Anwendungsrelevanz andererseits besteht, ist auch im historischen Kontext alles andere als offensichtlich. Und selbst wenn wir einen solchen postulierten, wäre das eine ohne das andere nicht denkbar. Schon deshalb müssen wir den Spagat vollziehen, gerade in einem reichen postindustriellen Land wie Deutschland.

Wer kann sich der Erforschung der Grundlagen unseres Daseins denn widmen, wenn nicht wir? Wer kann die Frage nach dem Higgs-Teilchen beantworten, wenn nicht wir? Wer kann sich über die Theorie des Sprechakts Gedanken machen, wenn nicht wir? Wer kann experimentell erforschen, was uns Menschen eigentlich glücklich macht, wenn nicht wir?

Es ist auch ein Stück Kultur und gesellschaftlicher Verantwortung, diese grundlegenden Fragen weiter zu erforschen und so die Basis für ein nachhaltiges, friedliches und erfülltes menschliches Zusammenleben zu legen. Der Einsatz von Steuermitteln für diese Grundlagenforschung, die vor allem an den Universitäten zu Hause

ist, ist unbedingt sinnvoll – wenn auch nicht immer kurzfristig nützlich.

Auch die anwendungsorientierte Forschung hat natürlich ihren Platz an der modernen Universität, wobei sie wie bereits angesprochen oft nur schwer von der Grundlagenforschung zu trennen ist. Hier werden aber die direkten gesellschaftlichen Auswirkungen unserer Arbeit vielleicht noch offensichtlicher.

Anwendungsorientierte Forschung kann oft schnell in Prototypen und Produkte umgesetzt werden, insbesondere wenn potenziell interessierte Unternehmen von Anfang an partizipieren. Das klappt nicht immer, aber es klappt hinreichend oft, um das Risiko auch dem Steuerzahler gegenüber vertreten zu können, denn Umsetzung bedeutet natürlich auch Arbeitsplätze, und Arbeitsplätze bedeuten Steuereinnahmen. Am besten klappt die Umsetzung nach meiner Erfahrung übrigens, wenn die Forscher selbst umgesetzt werden, sei es als Angestellte eines zur Umsetzung entschlossenen Unternehmens, sei es als Start-Up-Unternehmer. Letzteres kann ich nur empfehlen – in den beiden Fällen, in denen ich mich selbst zur kommerziellen Umsetzung meiner Forschungsergebnisse entschlossen habe, hatte ich dabei großen Spaß.

---

Und was ist mit der Lehre? Bologna scheint in den Hochschulen angekommen zu sein, und darüber freue ich mich auch persönlich, denn ich war von jeher ein großer Anhänger der Reform. Bologna gibt den Studierenden wie den Hochschulen mehr Flexibilität und mehr Freiheit, ihre personen- bzw. institutionsspezifischen Präferenzen umzusetzen.

Der Pisabefund von 2000 hat uns klar gezeigt, dass auch Deutschland bzgl. Bildung enormen Nachholbedarf hat. Unser Land hat darauf reagiert. Mehr Menschen als je zuvor haben verstanden, dass mehr Bildung essenziell nicht nur für unser Land, sondern für ihr ganz persönliches Lebensglück ist. Das ist auch richtig so.

Nun heißt dies natürlich nicht, dass jede Schülerin und jeder Schüler verstehen muss, wozu die Lagrange-Methode dient, was der Quintenzirkel ist oder was Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns besagt. Vielmehr erlaubt uns Bologna, auf allen drei Stufen – Bachelor, Master und Doktorat – neu zu evaluieren. Man darf, man muss als junger Mensch evaluieren, was man selbst will und welche Institution einem bei der Umsetzung seiner Vorstellungen helfen kann. Aber man darf, man muss auch als Hochschule evaluieren, welche Bewerber am besten zum eigenen Profil passen.

Dies gilt insbesondere für die Zulassung zum Master. An vielen deutschen Hochschulen weht noch der Geist der sogenannten „Übernahme“ – die eigenen Bachelorabsolventen sollen doch bitte bei Bedarf gleich in die entsprechenden Masterstudiengänge „übernommen“ werden. Dies widerspricht freilich völlig dem Geist der Reform. Der Bachelorabschluss ist eine Sollbruchstelle, die es den Absolventen auferlegt, ihre weitere Lebensplanung zu überdenken. Derzeit gibt es für alle Bachelorabsolventen, die ihr Studium fortsetzen wollen, deutschlandweit genügend Masterstudienplätze, und dies muss auch so bleiben. Allerdings wird schon aus Kapazitätsgründen nicht jeder dort studieren können, wo er will, und natürlich werden auch viele Bachelorabsolventen den direkten Weg in die Praxis suchen.

Auch auf Hochschuleseite ist freilich Nachdenken erforderlich – wie bekommt man als Hochschule diejenigen Studierenden, die am besten zum Hochschulprofil passen? Die Bachelor-Abschlussnote als

alleiniges Kriterium für die Zulassung zum Master heranzuziehen führt zu krassen Fehlallokationen – und dass die Gerichte sich gerade auf dieses Kriterium fokussieren, um so auf einfachem Wege Rechtssicherheit herzustellen, ist höchst problematisch. Vielmehr müssen den Hochschulen hier Freiräume eingeräumt werden, um die für das Hochschulprofil bestgeeigneten Bewerber auszuwählen, egal woher sie kommen, dabei die Spezifika des Bewerbers und seines fachlich-methodischen Hintergrunds zu evaluieren und so letztlich auch die Abbrecherquote zu minimieren. Dies alles natürlich unter der Prämisse, dass vorhandene Studienplatzkapazitäten auch ausgeschöpft werden.

Bei all diesen Zulassungs- und Kapazitätsfragen ist auch der soziale Aspekt zu berücksichtigen. Um auf meine Eingangsfrage zurückzukommen: Richtig konditioniert tragen Hochschulen natürlich NICHT zur weiteren Spreizung zwischen Arm und Reich bei, ganz im Gegenteil. Kaum eine Einrichtung erlaubt es Menschen aus finanziell oder sozial benachteiligten Hintergründen, so schnell den Sprung nach oben zu schaffen wie unsere Hochschulen. Damit dies zukünftig nicht nur so bleibt, sondern noch einfacher wird, ist es wichtig, keine ökonomischen Zugangsschwellen zu errichten. An akademisch-inhaltlichen Zugangsschwellen führt hingegen kein Weg vorbei. Man kann Lagrange nicht verstehen, wenn man nicht weiß, was eine Ableitung ist. Man kann Miles Davis zwar erfühlen, aber nicht verstehen, wenn man den Unterschied zwischen Quarte und Quinte nicht kennt. Und man kann Searle und Habermas nicht verstehen, wenn man den Unterschied zwischen Präposition und Präteritum nicht kennt.

Umso wichtiger ist es, allen Menschen unabhängig von Herkunft und sozialen Verhältnissen den Zugang zu diesem Basiswissen zu verschaffen. Die Kombination von BaFöG und den Stiftungen zur

Förderung von Hochbegabten hat sich hier bewährt und sollte noch weiter ausgebaut werden. Die neuen Deutschlandstipendien erscheinen mir hingegen als ein recht fragwürdiges Instrument, und das nicht nur, weil soziale Aspekte bei der Vergabe keine Rolle spielen sollen.

Auch bei der Promotion geht nun vieles in die richtige Richtung. Die Vorstellung, Hochschulen für möglichst viele Promotionen zu honorieren, hat bei mir schon vor Jahren Gruseln ausgelöst. Die Skandale der letzten Monate haben dazu beigetragen, auch anderen das Gruseln zu lehren und entsprechende Konsequenzen herbeizuführen. Selbstverständlich darf die absolute Anzahl an Promotionen kein Qualitätsmaßstab sein. Eigentlich will ich in Potsdam nur Promotionen sehen, die – und da ist der Bezug auf Faust angemessen – das Wissen der Menschheit erweitern, die dazu beitragen zu verstehen, was die Welt im Innersten zusammenhält. Messen lässt sich der Erfolg einer Dissertation übrigens am besten über den Widerhall, den die Dissertation in ihrem wissenschaftlichen Umfeld findet, und nicht über die für die Promotionen vergebenen Abschlussnoten, die ein soziales Konstrukt darstellen und m.E. abgeschafft gehören.

Über einen wichtigen Punkt habe ich bisher nur am Rande gesprochen, und das mag bei einem Wirtschaftswissenschaftler zu Recht verwundern: Übers Geld. Was darf uns das alles eigentlich kosten?

Hier in Brandenburg arbeiten wir zu wahrlich günstigen Tarifen. So manche Lehrbeauftragte sind eindeutig im Niedriglohnsektor zu verorten. Bei den üblichen Vergleichskennzahlen wie Studenten pro Professor oder Euro pro Student rangieren wir im bundesweiten Vergleich stets ganz unten bzw. ganz oben, je nachdem, wie Ihre Perspektive ist. Ich persönlich würde sagen, ganz unten. Wir bilden



mehr Studierende pro Professor aus als jedes andere Bundesland. Wir investieren weniger Euros pro Studierenden als jedes andere Bundesland. Und wir investieren weniger Euros pro Lehrstuhl als jedes andere Bundesland.

Der Universität Potsdam stehen pro Studierenden 7.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Einige Vergleichszahlen – incl. Drittmittel, aber exkl. Medizin - sind: Humboldt-Universität 15.000 Euro, Berkeley 40.000 Euro, ETHZ 62.000 Euro, Harvard 122.000 Euro pro Studierenden pro Jahr.

Trotz dieser finanziellen Dauermisere können wir auf die Leistungen dieser Universität stolz sein, und das sage ich als jemand, der daran noch in keiner Weise beteiligt war. Vielmehr ist dies ein großes Kompliment an die Potsdamer Kolleginnen und Kollegen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität und natürlich auch an meine geschätzten Vorgängerinnen und Vorgänger im Amte, die alle heute hier sind. Die Universität Potsdam steht trotz chronischer Unterfinanzierung in Lehre und Forschung sehr gut da.

Nun könnte man meinen, Ziel sollte sein, die rote Laterne in all den genannten Kriterien endlich an ein anderes Bundesland abzugeben. Aber nein – stattdessen wird über weitere Kürzungen diskutiert. 5% ihres Haushalts soll die Universität Potsdam mittelfristig einbüßen. Dies stimmt nachdenklich, um es zurückhaltend zu formulieren. 5% weniger Mittel, das bedeutet vor dem Hintergrund der Fixkostenproblematik 5-10% weniger Studierende, das bedeutet 5-10% weniger Forschung und damit auch weniger Potenzial zur Einwerbung von Drittmitteln.

Warum sollte Brandenburg so etwas wollen? Macht es denn nicht Sinn, das Finanzierungsniveau wenigstens zu halten, vor dem Hintergrund, dass die Mittel für die Hochschulen nicht etwa

konsumtive, sondern vielmehr echte Investitionsmittel sind. Investitionsmittel im wörtlichen Sinne – ein in die Hochschulen investierter Euro erbringt eine positive Rendite auch aus Sicht des Landeshaushalts, da dieser Euro sich mittel- und langfristig eben auch in höheren Steuereinnahmen für Brandenburg widerspiegelt. Mit großer Wahrscheinlichkeit liegt diese Rendite auch oberhalb des Zinssatzes, den Brandenburg derzeit für seine Schulden zahlt – beachtliche 3,5% übrigens.

Als ich diese Argumentation vor einigen Wochen in die Diskussion warf, herrschte Skepsis vor. Ein Mitglied der Landesregierung meinte an die Präsidenten der Brandenburger Hochschulen gerichtet, er müsse volkswirtschaftlich denken, während wir Präsidenten offensichtlich betriebswirtschaftlich denken würden. Ich muss bei allem Respekt doch konstatieren, dass mein Amtsverständnis etwas anders aussieht. Selbstverständlich muss ich als Präsident sowohl betriebs- als auch volkswirtschaftlich denken, und genau das erwarte ich als Steuerzahler auch von der Politik. Ich muss betriebswirtschaftlich denken, um mit den knappen Steuermitteln möglichst viel zu bewirken, aber ich muss auch volkswirtschaftlich denken und überlegen, wie sich meine Entscheidungen auf das Gemeinwohl auswirken.

Insofern geht es bei der Auseinandersetzung um die Hochschulfinanzierung auch nicht darum, für die eigene Hochschule möglichst viele Euros herauszuholen – das wäre doch geradezu kleingeistig. Vielmehr geht es darum, für Brandenburg und für unsere Gesellschaft das meiste herauszuholen, und da glaube ich in der Tat an den langfristig auch für die öffentlichen Finanzen positiven Effekt von Bildungsinvestitionen. Analytisch nachweisen lässt sich dies zugegebenermaßen nicht, und Sie können mir glauben, dass ich das als gelernter Mathematiker außerordentlich bedauere. Aber

empirische Nachweise gibt es – denken Sie an die positiven Auswirkungen der von der Brandt-Regierung angestoßenen Bildungsoffensive der 70er-Jahre, aber auch an die erfolgreiche Bildungspolitik der bayerischen Landesregierung in den 50er und 60er-Jahren. Wo wäre Bayern, wo wäre Deutschland heute ohne diese Investitionen? In Bayern wäre der Slogan dann wohl kaum „Laptop und Lederhose“, sondern eher „Lederhosen ohne Laptop“. Und glauben Sie wirklich, Brandenburg kann langfristig von seinen Schlössern und den Naturschutzparks mit seinen Wölfen und Bären leben? Nichts gegen Wölfe und Schlösser, schon gar nicht wenige Tage vor dem 300. Geburtstag Friedrichs II., aber ich glaube nicht, dass dies eine hinreichende Perspektive für unser schönes Bundesland ist. Um aus der schwierigen demographischen und finanziellen Situation herauszukommen, sind eben auch die Hochschulen gefragt. Über unsere Studienplätze wollen wir möglichst viele qualifizierte junge Leute aus dem In- und Ausland nach Brandenburg holen, und über unsere Industriekontakte, unsere Transferaktivitäten und Ausgründungen wollen wir sie hier halten.

Gestatten Sie mir zum Abschluss einen kurzen Blick in die Zukunft: Was haben wir 2012 eigentlich vor?

Erstens werden wir schon aus innerer Überzeugung heraus weiterhin unsere Opposition gegen die geplanten Haushaltskürzungen kommunizieren. Eine Kürzung des Haushalts um 5% würde die Universität Potsdam und die Brandenburger Bildungs- und Hochschullandschaft nachhaltig verändern, und zwar zum Schlechten und dies in dramatischer Weise. Dies wäre für Brandenburg der völlig falsche Weg.

Zweitens werden wir unsere Forschungsschwerpunkte evaluieren und weiterentwickeln, vor allem auch mit dem Ziel, in Potsdam mehr DFG-finanzierte SFBs, GKs und FGs anzusiedeln. Dies werden wir in

enger Zusammenarbeit mit unseren außeruniversitären Partnern tun, insbesondere über die von meiner verehrten Amtsvorgängerin Frau Ministerin Kunst begründete Stiftung PEARLS. Für eine forschungsstarke Hochschule in einem finanzschwachen Bundesland ist die Einwerbung von Drittmitteln des Bundes eine Lebensnotwendigkeit. Ziel ist, hier trotz der schwierigen Haushaltslage nicht weniger, sondern mehr zu schaffen, so übrigens auch in den Religionswissenschaften und der Jüdischen Theologie, die wir in engem Schulterschluss mit Kollegen Homolka vom Abraham-Geiger-Kolleg massiv ausbauen wollen.

Drittens werden wir unsere Studiengänge evaluieren und dabei drei Fragen stellen: Gibt es für unsere Studienplätze genügend geeignete Bewerber? Wie reüssieren die Absolventen auf dem Arbeitsmarkt? Ist der Studiengang für die UP strategisch relevant? Dies gilt natürlich auch für die Lehramtsstudiengänge, in denen wir unsere national führende Rolle durch innovative Maßnahmen weiter ausbauen wollen. Auch hier wären übrigens weitere Bundesmittel hilfreich, allerdings steht bei Mitteln für die Lehre das unselige Kooperationsverbot im Raum, das die Fördermöglichkeiten des Bundes stark einschränkt. Erst am Montag forderte der Präsident der DFG, Herr Kollege Kleinert, auf seinem Neujahrsempfang die Abschaffung des Kooperationsverbots. Ich kann mich dem nur anschließen.

Viertens wollen wir unsere Kontakte in die Politik und die Wirtschaft intensivieren. Noch immer ist die UP nicht hinreichend bekannt, weder in Potsdam selbst, noch in Brandenburg, noch in Deutschland insgesamt. Dies wollen wir über eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Kontaktpflege ändern, übrigens auch zunehmend über unsere Alumnae und Alumni, die allmählich in Schlüsselpositionen hineinwachsen.

Fünftens und letztens, und da spricht nun auch der Wirtschaftsinformatiker, wollen wir bezüglich unserer internen Abläufe effizienter werden. Deutschland ist bezüglich Verwaltungsmodernisierung international führend, allerorten werden unter dem Stichwort E-Government Prozesse digitalisiert. In den deutschen Hochschulen ist davon bisher noch zu wenig angekommen. Wir wollen hier als Vorbild dienen und zeigen, was auch mit knappen Mitteln möglich ist.

Liebe Gäste, erlauben Sie mir zum Schluss noch ein persönliches Wort. Ich habe in meinem Leben sehr viel Glück gehabt. Viele meiner Weggefährten sind heute hier. Ich möchte Ihnen und Euch dafür danken, dass Sie mich auf meinem bisherigen Weg auf vielfältige Weise unterstützt haben, und hoffe, dass es mir gelingt, gelegentlich auch etwas zurückzugeben. Insbesondere hoffe ich aber natürlich in Bezug auf die Universität Potsdam weiterhin auf Fortune, sodass ich dieser, unserer Universität in den kommenden Jahren bestmöglich dienen kann – und zwar in enger Zusammenarbeit mit Ihnen allen!

Ich freue mich sehr darauf, und ich freue mich auf noch viele interessante Begegnungen mit Ihnen. Vielen Dank!